

# Niederschrift

## über die 4. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Personalausschusses der Stadt Hilden am Donnerstag, 22.03.2007

Die Mitglieder des Personalausschusses hatten sich nach ordnungsgemäßer Einladung des Vorsitzenden, Ratsmitglied Walter Corbat, vom 27.02.2007 am Donnerstag, 22.03.2007, 17.00 Uhr, im Sitzungsraum 105 im Rathaus, Am Rathaus 1, versammelt.

Unter dem Vorsitz des Ratsmitgliedes Walter Corbat/CDU waren anwesend:

### I. Ratsmitglieder und Mitglieder des Personalausschusses

- a) Ratsmitglieder
  - 1. Ratsmitglied Hans-Georg Bader/SPD
  - 2. Ratsmitglied Susanne Brandenburg/CDU
  - 3. Ratsmitglied Torsten Brehmer/SPD
  - 4. Ratsmitglied Alexander Büttner/CDU
  - 5. Ratsmitglied Walter Corbat/CDU
  - 6. Ratsmitglied Reinhold Daniels/SPD
  - 7. Ratsmitglied Roland Weiss/CDU
  
- b) beratende Mitglieder
  - 1. Viktor Herold
  - 2. Roland Krüger
  - 3. Hartmut Toska
  - 4. Jörg Probach

### II. von der Verwaltung

- 1. Bürgermeister Günter Scheib
- 2. Beigeordneter Norbert Danscheidt
- 3. Beigeordneter Reinhard Gatzke
- 4. Beigeordneter Maximilian Rech
- 5. Stadtoberverwaltungsrätin Dorothee Arnold, zugleich als Schriftführerin
- 6. Stadtoberamtsrätin Monika Klemz, Gleichstellungsbeauftragte
- 7. Stadtamtfrau Anke Maurer
- 8. Frau Claudia Rehag, Personalratsvorsitzende

## Tagesordnung

### I. Öffentliche Sitzung

- 1. Leistungsentgelte nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) SV-Nr. 10/019
- 2. Leistungsentgelte für Beamtinnen und Beamte SV-Nr. 10/020
- 3. Beratung des Haushaltes 2007/Änderungsliste und Änderungsanträge SV-Nr. 10/022
- 4. Mitteilungen und Beantwortung von Anfragen

5. Entgegennahme von Anfragen und Anträgen
- II. **Nichtöffentliche Sitzung**
6. (Fortsetzung) Mitteilungen und Beantwortung von Anfragen
7. (Fortsetzung) Entgegennahme von Anfragen und Anträgen
8. Einrichtung von zwei zusätzlichen Teilzeitstellen in  
Amt 51 / Allgemeiner Sozialer Dienst SV-Nr. 10/018
9. Stellenplan 2007 SV-Nr. 10/017

Der Vorsitzende, RM Corbat, eröffnete die Sitzung des Personalausschusses und begrüßte die Ausschussmitglieder sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung. Sodann stellte er fest, dass zu der Sitzung ordnungsgemäß eingeladen wurde und die Sitzungsunterlagen vollständig und rechtzeitig zugegangen waren.

Er wies darauf hin, dass die Tagesordnung um den TOP 3 „Beratung des Haushaltes 2007/ Änderungsliste und Änderungsanträge“ - SV 10/022 - erweitert worden sei und insofern alle folgenden Tagesordnungspunkte sich entsprechend verschöben. Nachdem keine weiteren Änderungen oder Erweiterungen beantragt wurden, erfolgte die Beratung und Beschlussfassung wie folgt:

### **I. Öffentliche Sitzung**

#### **1. Leistungsentgelte nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) – SV-Nr. 10/019**

Die Sitzungsvorlage wurde ohne weitere Beratung zur Kenntnis genommen.

#### **2. Leistungsentgelte für Beamtinnen und Beamte – SV-Nr. 10/020**

Herr Beigeordneter Danscheidt erläuterte den Vorschlag der Verwaltung. Er wies darauf hin, dass es bisher keine gesetzliche Grundlage für Leistungsentgelte an Beamtinnen und Beamte gebe und es sich somit im Falle einer positiven Beschlussfassung um eine freiwillige Leistung der Stadt Hilden handeln würde. Er stellte die Problematik der Ungleichbehandlung von Beamtinnen und Beamten sowie Beschäftigten dar und verdeutlichte dies am Beispiel eines Teams, bestehend aus beiden Mitarbeitergruppen, die zwar über Vereinbarungen gemeinsame Ziele erreichen sollen, von denen jedoch nur ein Teil Zugang zum Leistungsentgelt hätte. Eine Gleichbehandlung könnte dagegen den Betriebsfrieden sicherstellen. Die Verwaltung wolle nach Einführung des betrieblichen Systems zur Leistungsermittlung daher ab 2008 auch die Beamtinnen und Beamten in die leistungsorientierte Bezahlung mit einbeziehen.

Herr Probach erkundigte sich, warum die Stadt Hilden eine Vorreiterrolle übernehmen wolle. Er verwies darauf, dass die Landesregierung zwar eine Änderung anstrebe, derzeit aber noch eine unterschiedliche Behandlung von Beamtinnen und Beamten sowie Beschäftigten vorgesehen sei. Er gehe davon aus, dass sich das Betriebsklima durch diese Ungleichbehandlung nicht verschlechtere.

Ratsmitglied Brandenburg vertrat die Auffassung, dass Beamtinnen und Beamte dem Alimentationsprinzip unterliegen und die Zahlung von Leistungsentgelten gesetzlich nicht vorgesehen sei. Leistung würde stattdessen über Beförderungen belohnt. Ihre Fraktion werde daher dem Leistungsentgelt für Beamte nicht zustimmen.

Ratsmitglied Brehmer verwies darauf, dass es nicht nur leitende Beamte gebe, sondern dass gerade die „kleineren“ Beamten von den Leistungsentgelten profitieren könnten. Am Beispiel der Teamarbeit ließe sich die Notwendigkeit einer Gleichbehandlung sehr gut verdeutlichen. Seine Fraktion werde deshalb dem Antrag folgen.

Herr Beigeordneter Danscheidt verdeutlichte, dass die Stadt Hilden keineswegs die Rolle des Vorreiters übernehme. 9 von 10 Gemeinden im Kreis hätten vielmehr die Zahlung von Leistungsentgelten auch auf die Beamten übertragen. Zum Teil würde diese Maßnahme aber nicht ausdrücklich durch den Rat beschlossen, sondern der Betrag im allgemeinen Personalkostenetat eingeplant. Er erläuterte, dass die in der Diskussion angesprochenen Privilegien der Beamtinnen und Beamten schon seit einiger Zeit erheblich reduziert worden seien und verwies z. B. auf die Erhöhung der Arbeitszeit, die Reduzierung der Weihnachtsspendung und die fehlenden Gehaltsanpassungen in den letzten Jahren. Er könne zwar die Argumentation von RM Brandenburg hinsichtlich des Alimentationsprinzips grundsätzlich nachvollziehen, aber die seit Jahren geltende Leistungsprämien- und -zulagenverordnung sehe die Zahlung von leistungsabhängigen Zulagen bereits vor. Nachdem dies bisher nur für maximal 10 % der Beamtinnen und Beamten zulässig war, wurde diese Möglichkeit im Zusammenhang mit der festgestellten Ungleichbehandlung zwischen Beschäftigten und Beamten jetzt auf bis zu 30 % erhöht.

Herr Bürgermeister Scheib bekräftigte die Aussagen des Beigeordneten Danscheidt und wies ebenfalls auf die erhebliche Divergenz zwischen Beschäftigten sowie Beamtinnen und Beamten hin. Durch den TVöD würde dieses Problem noch weiter verschärft, insbesondere bei der Arbeit im Team.

Herr Beigeordneter Gatzke erläuterte die Teamproblematik anhand des Beispiels der Beschäftigten in der ARGE: die Mitarbeiter der BA bekämen ebenso wie die Beschäftigten der Stadt Hilden ein Leistungsentgelt, während die Beamten der Stadt Hilden benachteiligt würden.

RM Bader schlug vor, die Entscheidung über diesen TOP durch den Rat treffen zu lassen.

Die Personalratsvorsitzende Frau Rehag stellte sich kurz vor und unterstützte die Auffassung der Verwaltung.

RM Brandenburg bekräftigte erneut ihre Auffassung, dass nach der Systematik des neuen Tarifvertrages z. B. niedrigere Grundentgelte vorgesehen seien und die Beschäftigten eben nur über die Leistungsentgelte ein höheres Einkommen erzielen könnten und insofern ein Unterschied zum Beamtenrecht bestehe.

Der auf Grund des Antrags von RM Bader durch den Vorsitzenden, RM Corbat, neu formulierte Beschlussvorschlag, über diese Sitzungsvorlage abschließend durch den Rat entscheiden zu lassen, wurde einstimmig angenommen.

### **3. Beratung des Haushaltes 2007/Änderungsliste und Änderungsanträge – SV-Nr. 10/022**

Zu dem TOP gab es keine Wortmeldungen; über die Anträge wurde wie folgt beschlossen:

Produkt 010401	Mehrbedarf 2.000 €	einstimmig angenommen
Produkt 010801	Kürzung um 4.000 €	einstimmig abgelehnt
Produkt 010804	Kürzung um 2.000 €	einstimmig angenommen
Produkt 060301	Mehrbedarf 24.600 €	einstimmig angenommen (nach Beratung des TOP 8)
Produkt diverse	Mehrbedarf 46.578 €	einstimmig angenommen.

#### **4. Mitteilungen und Beantwortung von Anfragen**

- keine –

#### **5. Entgegennahme von Anfragen und Anträgen**

Herr Probach übergab dem Vorsitzenden, RM Corbat, eine schriftliche Anfrage der BA-Fraktion zum Schwerbehindertenrecht.

#### **II. Nichtöffentliche Sitzung**

(...)

Um 17.40 Uhr schloss der Vorsitzende Corbat die Sitzung des Personalausschusses.

Der Vorsitzende:

Die Schriftführerin:

Rm Walter Corbat

Stadtoberverwaltungsrätin

Beigeordneter

Bürgermeister